



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Drewes zuerst und dann bei Kantors und zuletzt auf der Pfarre. Amalie ist daran schuld gewesen, und der Herr Pfarrer hat nicht durchdringen können und zuletzt seine Hände in Unschuld gewaschen. Und nun setzte auch noch Regenwetter ein. Das war offenbar vis major, man gab den Kampf mit den fäkalischen Flüssigkeiten auf, ließ laufen, was laufen wollte, und es währte nicht lange, so war Obergrafenstein wieder, was es zuvor gewesen war.

Nach Jahr und Tag wurde in Dorneburg Kreistag abgehalten. Der Herr Landrat hatte den Brauch, eine Übersicht zu geben über die Arbeiten und Erfolge des vergangenen Jahres. Und so verfehlte er denn auch nicht zu rühmen, was für die bessere Feuersicherheit des Kreises geschahn sei, namentlich für die allgemeine Einführung vorschriftsmäßiger Aschengruben.

Haben Sie denn eine Aschengrube? fragte währenddessen leise der Kreisdeputierte Erbsmehl den Kreisdeputierten Fabian.

Ne. Sie?

Ne, auch nicht.

Darauf ging der Herr Landrat zum Berichte über die Sanierung der ländlichen Ortschaften über.

Sagen Sie mal, fragte Erbsmehl, wo steckt denn Regener?

Hat den Typhus.

Den Typhus? In Obergrafenstein? So ein gesunder Ort!

Ja, er hat in seinem Hofe ein Senkgrube für die Abwässer angelegt. Wissen Sie hinter dem Pferdestalle, nicht weit vom Brunnen. Es ist der einzige, der es gemacht hat. Und nun ist bei dem vielen Regen das Schmutzwasser in den Brunnen getreten. Jetzt hat das ganze Haus den Typhus. Sehen Sie, das hat er davon.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Der Streit im Flottenverein.)

Berlin, 20. Dezember 1907

Wo sind die Zeiten hin, wo es auch im Getriebe der Politik Augenblicke stiller Sammlung gab? Bei dem immer lebhafter werdenden Anteil der Öffentlichkeit an allen möglichen Angelegenheiten gibt es solche ruhigen Momente kaum noch. Im vorigen Jahre klang der Lärm der Wahlagitation schon in die Weihnachtsfeier hinein, und jetzt sind es innere Kämpfe um die Form der nationalen Agitation, die — neben allerhand Sensationen — die politischen Kreise in Erregung versetzen. Der Hardenprozeß beginnt eben jetzt vor dem Feste in zweiter Auflage, und nun hat auch der Streit im Flottenverein viele Köpfe erhitzt und droht verschiedene, recht unangenehme Folgen zu zeitigen. Die Sache hat immerhin eine solche Ausdehnung gewonnen, daß man an dieser Stelle nicht daran vorübergehn kann.

Im Mittelpunkt steht eine grundsätzliche Frage, nämlich in welcher Form ein nationaler Verein seine Agitation treiben und wie weit er sie ausdehnen soll. Zwei grundverschiedne Meinungen stehn sich gegenüber. Die eine wünscht von dem Flottenverein, daß er im Anschluß an die berufenen Stellen unter ihrer Leitung und Kontrolle das Verständnis für ihre Wünsche und Pläne im Volke durch ruhige, sachliche Belehrung fördern soll. Die andre will, unabhängig von den Wünschen

der Regierung, mit Hilfe gleichfalls möglichst unabhängiger Kenner und Sachleute durch energische, rührige Agitation das Interesse möglichst weiter Kreise für die Sache selbst erregen und dafür einen Fonds von Begeisterung schaffen, aus dem sich die rege Unterstützung der verantwortlichen Fachmänner von selbst ergibt. Für welche von beiden Methoden soll man sich entscheiden?

Die erste ist für die Regierung scheinbar bequemer. Der Flottenverein ist dann ihr Werkzeug, und der Gedanke, durch ruhige Belehrung zu wirken, hat für besonnene Leute etwas überaus Gewinnendes und Sympathisches. Nur schade, daß dergleichen auf die Dauer völlig wirkungslos bleiben muß. Eine gewisse Scheinwirkung wird dadurch erzielt, daß der neutrale Charakter, der dieser Arbeit künstlich beigelegt wird, es möglich macht, fürstliche Personen und hochgestellte, einflußreiche Leute, die sich nicht gern exponieren, für den Verein zu gewinnen und dadurch wieder eine Anzahl ehrgeiziger oder schüchterner Persönlichkeiten, die sonst für die Betätigung eines öffentlichen Interesses nicht zu haben wären, in Bewegung zu setzen. Es ist richtig, daß mancher, der sonst zu Hause bleibt, doch gern einmal ein Opfer bringt und sich für eine Sache erwärmt, wenn er weiß, daß eine Anzahl von einflußreichen Persönlichkeiten, vielleicht sogar eine königliche Hoheit, wenn nicht gar eine Majestät mit gnädigem Auge auf ihn blickt. Aber diese Wirkung hat ihre sehr enge Grenze. Für den Anfang mag dergleichen sehr zweckmäßig sein und einen vorläufigen raschen Erfolg sichern, da alle, die für solche Einwirkungen überhaupt empfänglich sind, nicht lange zögern werden, sich dienstfertig zu erweisen. Aber über einen bestimmten Punkt kommt man nicht hinaus, und alle Gegner der Sache haben dann leichtes Spiel, wenn sie die ganze Bewegung auf Streberet zurückführen.

Etwas andres kommt hinzu. In England und Frankreich stehn gewisse nationale Fragen außerhalb des Parteilebens. Man kann in aller Ruhe sachliche Werbearbeit dafür treiben, wo solche überhaupt noch notwendig ist. Keine Partei hat ein Interesse daran, diese Arbeit zu stören. Bei uns ist das anders. In Deutschland unterliegen auch nationale Fragen der Parteikritik im engsten Sinne. Wir haben Parteien, die eine natürliche und unbeirrte Entwicklung unserer Kräfte zu nationaler Größe nicht wollen, Parteien, die mit dreister Stirn ihren Wählern öffentlich vor aller Welt vorerzählen, für die Flotte werde nur gearbeitet, um der Großindustrie Profite zu verschaffen, und was dergleichen frecher Unsinn mehr ist. Gibt es aber Leute, die mit allen Mitteln des Parteikampfs und unter Ausbietung aller Parteileidenschaften gegen die Flotte die Volksmassen aufzuregen suchen — und wenn nicht gegen die Flotte überhaupt, so doch gegen die opferwillige Unterstützung unbedingt notwendiger Bestrebungen für die Ausgestaltung unserer Wehrkraft zur See —, dann ist es mit der einfachen Belehrung über die braven Absichten der Regierung nicht getan; dann muß die Volksmasse unabhängig von dem, was die Regierung zufällig heute oder morgen will, für die Sache selbst begeistert und mit denselben Mitteln dafür gewonnen werden, mit denen die Gegner für ihre Parteisache arbeiten. Der wirkliche Aufschwung und die Bedeutung des Flottenvereins dattiert von der Zeit an, wo er sich dieser Einsicht nicht länger verschloß. Die Marineverwaltung hat es zwar oft als unbequem empfunden, weil es so aussah, als ob die Volksbewegung sie vorwärts drängen wolle, und gegen diese bloße Vorstellung ist man unsern geschichtlichen Traditionen entsprechend in Regierungskreisen immer sehr empfindlich. Aber deshalb bleibt es doch wahr, daß, wenn der Flottenverein das von offiziellen Persönlichkeiten geleitete Instrument der Marineverwaltung geblieben wäre, diese gewiß nicht eine so sichere Mehrheit auch für ihre maßvollsten Forderungen gefunden hätte. Denn nicht — wie die parlamentarische Doktrin lautet — das

selbständige Urteil des Volksvertreters, sondern die Furcht vor dem Urteil der Wähler ist für Fragen dieser Art das treibende und bestimmende Motiv. Nur wo hinter dem Parlamentarier die Sorge steht, daß das Volksempfinden eines Tages über ihn hinwegschreiten könnte, bequemt er sich, der Gewohnheit, mit der Regierung um die Macht zu feilschen, einen Zaum anzulegen. Es ist aber begreiflich, daß sich die Regierenden in solchem Falle leicht der Meinung hingeben, ihr weises Maßhalten allein sei es gewesen, was die Volksvertretung zur Zustimmung bewogen habe, und so werden sie leicht undankbar. Auch der Flottenverein ist, weil er hier und da über die Linie des von der Regierung Geforderten hinausging, „gemeingefährlich“ gescholten worden. Doch ohne diese gemeingefährlichen Leute wären wir nicht da, wo wir jetzt sind. Der Deutsche liebt die Ruhe außerordentlich, und solange er sie hat, ist er in politischen Dingen ein unerträglicher Besserwisser, der imstande ist, die beste Sache in Grund und Boden zu ruinteren. Ist er aber um einer Sache willen einmal aus seiner Ruhe gebracht und ist sein Herz dabei beteiligt, so weiß er sehr wohl seinen prächtigen, gesunden Verstand zu gebrauchen und wird für Absichten und Meinungen wirklich kundiger und erfahrener Männer überhaupt erst aufnahmefähig, sobald er nur merkt, daß er in der Grundlage seines Empfindens verstanden wird. Deshalb ist es ein großer Fehler, nationale Bestrebungen solcher Art, wie sie der Flottenverein betreibt, regieren und von oben her regulieren zu wollen. Ein solcher Verein muß volkstümlich und in seiner Wirksamkeit unbehindert sein, oder er hat überhaupt keinen Wert.

Nun hat sich gleichwohl im Verein selbst ein Widerspruch gegen das Präsidium erhoben, weil dieses sich in der unabhängigen Agitation für die Flottensache nicht an Direktiven von oben gebunden hat, sondern stets bemüht gewesen ist, die Begeisterung und Opferwilligkeit in weiten Volkstreffen für die Flotte anzuregen. Der Widerstand dagegen hat seinen Hauptsitz im bayerischen Landesverband, und zwar gründet er sich auf die Behauptung, das Präsidium des Vereins habe in scharfem Widerspruch Weise parteipolitische Bestrebungen in den Verein hineingetragen. Man betonte den angeblich unpolitischen Charakter des Vereins, womit man natürlich sagen wollte, daß er nicht parteipolitisch sei; denn daß die Agitation für die deutsche Flotte eine politische Angelegenheit ist, wird wohl niemand leugnen können und wollen. Vor allem richtete sich die Unzufriedenheit der Bayern gegen die Person des Generals Reim, der, obwohl nicht geschäftsführender Vorsitzender des Vereins, doch die Seele der ganzen Agitationstätigkeit gewesen war und für die Erfolge der Sache des Flottenvereins das Hauptverdienst trägt. Der bayerische Landesverband umfaßte viele Mitglieder der Zentrumspartei, die für weitergehende nationale Forderungen schwer zu gewinnen waren, und deshalb wünschte man in Bayern eine mildere Agitationstätigkeit. Billigerweise wird man nicht in Abrede stellen können, daß es den Verbänden innerhalb verschiedner Landesteile möglich sein muß, in den Methoden und in der Tonart der Agitation den besondern Verhältnissen Rechnung zu tragen, und niemand würde den Bayern eine solche Forderung verargt haben. Sie blieben aber nicht dabei stehen, sondern verlangten mit zunehmender Deutlichkeit, sich immer wieder auf die Betonung des Fernbleibens von der Parteipolitik stützend, daß sich der Flottenverein in seiner Gesamtheit auf das verpflichte, was in Bayern als angemessen und erwünscht galt.

Die verborgne Krise wurde durch die unbefugte Veröffentlichung gestohlener Privatbriefe des Generals Reim aus der Zeit der Reichstagswahlagitation zum Ausbruch gebracht. Eine grimmige und rücksichtslose Fehde wurde gegen den verdienten Mann geführt, aber eben damals wurde auch offenbar, auf welche Einflüsse diese Feindschaft zurückzuführen war. Der Vorsitzende des bayerischen Landesverbandes,

Freiherr von Würzburg, hatte noch kurz nach der Reichstagsauflösung in einem Rundschreiben an die bayrischen Provinzialverbände und Ortsgruppen einen Standpunkt bekundet, der sich genau mit dem des Generals Keim deckte, und der sich eigentlich aus der Lage ganz von selber ergab. Es war nämlich der Fall eingetreten, daß eine politische Partei, das Zentrum, in einer nationalen Frage eine Haltung bekundet hatte, die zwar nicht unmittelbar die Flotte betraf, aber doch durch die Stellungnahme zu nahe verwandten Fragen mit den Zielen des Flottenvereins in direktem Widerspruch stand. Das hatte auch Herr von Würzburg richtig empfunden und daraus geschlossen, daß Mitglieder des Flottenvereins als Wähler ihre nationale Überzeugung nur dadurch betätigen konnten, daß sie die Parteien, die in der Abstimmung vom 13. Dezember 1906 die nationalen Interessen verleugnet hatten, auch als ihre Gegner ansahen. Der Flottenverein hat nationale Forderungen zu vertreten; er tut das, solange es geht, ohne Ansehen der Partei. Wenn sich aber eine bestimmte Partei auf einen mit solchen Forderungen unvereinbaren Standpunkt stellt, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als daß diese Partei bekämpft wird. Sobald sich der Verein den Bestrebungen dieser feindlichen Partei unterwirft, folgt er selbst parteipolitischen Rücksichten, denen er seine nationalen Ziele unterordnet.

Der bayrische Landesverband trat diesen Rückzug vor dem Zentrum an. Er selbst machte sich dadurch von einer Partei abhängig und trieb Parteipolitik. Trotzdem war es dieser Landesverband, der dem Präsidium des Gesamtvereins vorwarf, daß es parteipolitische Agitation treibe. Bekanntlich kam es bei der nächsten Hauptversammlung zu Köln im Mai 1907 zu einer Aussprache und Versöhnung. Die Bayern gaben ihren Versuch auf, der Mehrheit des Vereins Vorschriften für die Methode ihrer Agitation zu machen, wogegen es das Präsidium des Gesamtvereins den Bayern überließ, innerhalb ihres Landesverbandes nach ihrer Weise zu wirken. Das Vergangne sollte vergessen sein, und General Keim blieb in seiner alten Stellung.

Aber sehr bald brachen die Bayern die von ihnen gegebenen Zusagen. Sie fingen mit Beschwerden an über Zeitungsartikel, die ihren Ursprung gar nicht im Flottenverein hatten, und endeten, als die Wahl eines neuen geschäftsführenden Vorsitzenden nötig wurde, mit der satzungswidrigen Forderung, daß General Keim nicht gewählt werden dürfe, sonst würde Prinz Ruprecht von Bayern das Protektorat über den bayrischen Landesverband niederlegen. Diese vom Zaun gebrochne Drohung — Keim war noch gar nicht zur Wahl gestellt, seine Wahl wurde nur vermutet, weil er die Hauptlast dieser Geschäfte bereits trug, ohne das Amt inne zu haben — wurde in einer für das Präsidium so schroff verletzenden Form wiederholt, daß nunmehr das Präsidium den General Keim, der sich gegen die Annahme der Wahl sträubte, bat, unter allen Umständen das Amt zu übernehmen. Als bald erschien in der Münchner „Allgemeinen Zeitung“ ein heftiger Angriff gegen General Keim, wobei auf eine Behauptung zurückgegriffen wurde, die schon bei dem Friedensschluß in Köln als unwahr erwiesen worden war. Gleich darauf legte Prinz Ruprecht das Protektorat nieder, und der Zwist innerhalb des Vereins und in der Presse brach nun in hellen Flammen aus.

Um nicht auf Irrwege zu kommen, muß man festhalten, daß es sich nicht um ein Verschulden des Generals Keim, der tatsächlich gar nichts verbrochen hat, geschweige denn um irgendeine Spitze gegen den Prinzen Ruprecht handelt, sondern erstens um ein die Form und die Satzungen stark verletzendes Vorgehen des bayrischen Landesverbandes gegen das Präsidium, und zweitens um eine grundsätzliche Differenz zwischen Bayern und dem Gesamtverein. Die Sache soll demnächst durch eine außerordentliche Hauptversammlung geschlichtet werden. Man erkennt aber schon jetzt die wahren Motive des Streits. Die Vorschiebung eines bayrischen Prinzen, der jedenfalls nicht so hätte handeln können, wenn ihm nicht

wichtige Einzelheiten bei den Vorgängen verschwiegen oder entstellt berichtet worden wären — denn Prinz Ruprecht hat sich tatsächlich nicht über die Auffassungen und Gründe des Präsidiums vergewissert —, zeigt, mit welcher Skrupellosigkeit die ganze Sache in Szene gesetzt worden ist. Das Zentrum beherrscht die Volksstimmung in Bayern so sehr, daß sich auch die Liberalen beugen zu müssen glauben, wo es den Klerikalen gelungen ist, der Sache eine Wendung zu geben, als handle es sich um einen Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland. Gerade dies aber ist eine dreiste Fälschung, die dazu dienen soll, die Aufmerksamkeit von der Wahrheit abzulenken. Die Welt soll glauben, in Berlin habe man aus Übermut einen bayerischen Prinzen brüskieren wollen, was natürlich niemand eingefallen ist, und dadurch hofft man den Flottenverein zu schwächen und zu lähmen.

Noch eins sei erwähnt. Viele werfen der Agitation des Flottenvereins eine Schädigung der Autorität der Marineverwaltung vor. Man meint, das Reichsmarineamt müsse doch besser verstehen, was not tue, als ein Verein, worin hohe Beamte, ehemalige Offiziere der Landarmee und allenfalls einige jüngere, längst verabschiedete Marineoffiziere das Wort führten. Das ist natürlich richtig. Auch wir bedauern manche Angriffe, die gegen das Reichsmarineamt und insbesondere gegen Admiral von Tirpitz zum Teil in recht gehässiger Weise gerichtet worden sind; an der Autorität der verantwortlichen Stellen soll auch nicht gerüttelt werden. Aber wer die soeben erwähnten Behauptungen aufstellt, hat sich doch wohl nicht recht angesehen, was der Flottenverein eigentlich will. Man übersieht, daß Herr von Tirpitz in der Hauptsache die Forderungen des Vereins als sachlich berechtigt anerkannt hat. Um Dinge, die der Marinefachmann besser verstehen muß, handelt es sich auch gar nicht. Aber ob die Flotte, die wir brauchen, erst 1917 oder früher fertig wird, das ist zum Beispiel eine von den Fragen, über die das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßigen Organe mitzusprechen hat, und es nimmt der Autorität der Marinebehörden nicht einen Deut, wenn im Volke mit geeigneten Mitteln dafür Stimmung gemacht wird, daß für das, was das Reichsmarineamt selbst für notwendig befunden hat, größere Opfer in kürzerer Zeit gebracht werden.

Die evangelischen Auslandsdeutschen. Die Grenzboten haben in Nr. 30 dieses Jahres einen Artikel gebracht über die kirchliche Versorgung der evangelischen Deutschen im Ausland und über die neuerdings von Preußen durch landeskirchliche Besteuerung gewährte Beihilfe, die sich auf 235214 Mark jährlich belaufen wird und im Verhältnis zu dem Umfange des Bedürfnisses und im Vergleich mit den Aufwendungen anderer Staaten nur eine bescheidne zu nennen ist. Die weitere ausgiebige finanzielle Unterstützung des für die evangelische Kirche und die Erhaltung ihres Besitzstandes wie für die Wahrung der Interessen des Deutschen Reichs gleich segensreichen Werkes ist deshalb dringend notwendig. Zu diesem Zwecke gilt es in den weitesten Kreisen die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung und Wichtigkeit der Sache hinzulenken, sie dem evangelischen Deutschland zu einer Herzens- und Gewissenssache zu machen und so auch die Willigkeit zur finanziellen Unterstützung zu wecken.

Auf eine Anregung von Erzellenz Voigts, Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin, haben deshalb die preussischen Konsistorien den Geistlichen empfohlen, sich auch ihrerseits die Förderung dieser nationalen Sache nach Möglichkeit angelegen sein zu lassen, und zwar durch: 1. Wiedergabe von Mitteilungen über die evangelischen Auslandsdeutschen in geeigneten Tageszeitungen, 2. Verbreitung entsprechender Schriften und Flugblätter, 3. Veranstaltung von Vorträgen bei Familienabenden und sonstigen kirchlichen Versammlungen, 4. gelegentliche Berücksichtigung in der Predigt.

Der Deutsche evangelische Kirchenausschuß (Bureau: W 9 Berlin, Röhrener Straße 38) liefert unentgeltlich die von ihm herausgegebene Denkschrift über die kirchliche Versorgung der Diaspora im Ausland und ist auf ausgesprochenen Wunsch bereit, geeignetes Material für die oben genannten Zwecke zur Verfügung zu stellen. Es ist zu hoffen, daß möglichst weite Kreise von diesem Anerbieten Gebrauch machen, damit das deutsche Volk endlich mehr Verständnis für diesen wichtigen Zweig unsrer auswärtigen Politik erlange und ebenso tatkräftig für die im Auslande lebenden Stammes- und Glaubensgenossen eintrete, wie es England schon seit langen Jahren zu tun gewohnt ist.

Kleinere Kunstpublikationen. Karl Woermann veröffentlicht soeben einen dieses Jahr im Leipziger Kunstverein gehaltenen Vortrag in vollständigerer Form, als er gesprochen wurde, unter dem Titel Von deutscher Kunst und mit sechzig interessant gewählten und vorzüglich hergestellten Abbildungen („Führer zur Kunst“ Nr. 11/12, Paul Neff). Eine besonnen um sich schauende historische Wandlung durch das Reich deutschen künstlerischen Schaffens in Architektur und Plastik, in Malerei und Zeichnung mit der Absicht, besonders in der Malerei das Nebeneinander von Phantasielust und reiner Augenkunst, das ja auch die Gegenwart zeigt, verstehen und gelten lassen zu lehren und jenen wissenschaftlichen Eifer etwas abzukühlen, der unter ironischer Konstatierung ausländischer „Einflüsse“ beinahe nichts mehr als deutsche Kunst zu bezeichnen weiß. So steht Dürer im Mittelpunkt der Betrachtungen und der aus ihnen gezogenen Folgerungen. Wir legen das Buch angenehm belehrt und herzlich erwärmt aus der Hand mit der Empfindung, Zeugen einer maßvollen Erkämpfung unsers Rechts gewesen zu sein, und wünschen ihm viele Leser.

Der Verlag von Karl Robert Langewiesche (der 1,80 Mark-Verlag) bietet den Erstling einer neuen Kunstreihenpublikation an: die Sammlung soll heißen „Die Welt des Schönen“, und ihr erster Band führt Griechische Bildwerke vor. Sieben Bogen ausgezeichnete Abbildungen (vom Teneajüngling bis zur Laokoongruppe, einige in Athen photographierte Keltess mit der spürbaren Sonne des Südens auf der plastischen Form, dazwischen als feinsinnige Erinnerungen an die Gesamtheit der griechischen Kultur neunzehn Stadtmünzen), ein Bogen gedankenvoller Einleitung und ein solcher gedrängter historischer Notizen, von Max Sauerlandt. Möchte der in jeder Hinsicht vorzügliche Band ein Treffer sein; nur den einen Wunsch läßt er uns offen, daß bei so verschiedenem Maßstabe der Reproduktionen in Zukunft die Höhe des Originals mitgeteilt werde. — Der Spemannsche Kunstkalender für 1908 bedarf unsrer Empfehlung nicht, da er wieder die alten wohlbekanntesten Eigenschaften aufweist. Leider eine nicht: es ist kein echter Abreißkalender mehr. In den Sommermonaten hat diesmal öfter ein Blatt und ein Bild für zwei Tage zu gelten, was den Hauswandkalendergebrauch stören dürfte. Auf diesen Verlegenheitsausweg hätte man nicht geraten dürfen: jeder Erd- und Lebenstag ist etwas unvergleichlich einziges.

Zur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 1. Vierteljahr ihres 67. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 6 Mark. Wir bitten, die Bestellung schnellig zu erneuern.

Unsre Leser machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß die Grenzboten regelmäßig jeden Donnerstag erscheinen. Wenn Unregelmäßigkeiten in der Lieferung, besonders beim Quartalwechsel, vorkommen, so bitten wir dringend, uns dies sofort mitzuteilen, damit wir für Abhilfe sorgen können.

Leipzig, im Dezember 1907

Die Verlagsbuchhandlung

G. HURELMAYER
BUCHBINDEEI
PAPIERHANDLUNG
SCHILLERSTR. 21